

## Auch in der CDU Unmut über KiBiz

Hovenjürgen: Ablehnung, wenn Elternbeitragsanteil weiterhin so bleibt. „Viele Neuerungen aber gut“

Von Peter Szymaniak

**Düsseldorf.** Jetzt wächst auch in der CDU-Fraktion der Widerstand, im geplanten neuen Kindergarten-Finanzierungsgesetz KiBiz den Elternbeitragsanteil weiterhin auf 19 Prozent festzuschreiben. „Wenn das so bleibt, kann ich dem Gesetz wegen der herben negativen Konsequenzen fürs Ruhrgebiet nicht zustimmen, obwohl ich ansonsten viele Neuerungen im KiBiz, wie die Wahlfreiheit für Eltern, gut

finde“, sagte der Landtagsabgeordnete der CDU, Josef Hovenjürgen der WAZ.

Kaum eine notleidende Kommune erreiche den 19-Prozent-Anteil, sondern oft nur 13 Prozent. Sie sei so gezwungen, ihre Kita-Beiträge zu erhöhen. Es sei ein großer Fehler gewesen, den Finanzausgleich des Landes für Städte mit vielen gering verdienenden Kita-Eltern abzuschaffen.

„Die Erhöhungen der Elternbeiträge belasten vor al-

lem den Mittelstand: Es wird teuer in armen Städten Kinder zu haben“, sagt Hovenjürgen. Der Halterner Landtagsabgeordnete befürchtet eine Abwärtsspirale. Während gut gestellte Gemeinden mit niedrigen Kita-Beiträgen junge Familien anlocken könnten, werde es für besser verdienende Familien mit mehr Kindern immer unattraktiver, in sozial schwierigen Stadtteilen zu wohnen. „Wir beschleunigen so die Überalterung im Ruhr-

gebiet“, warnt Hovenjürgen.

Deshalb schlägt der CDU-Politiker vor, den Elternanteil von 19 auf 17 Prozent durch Landesmittel abzusenken, so dass die Beitragserhöhung moderat ausfallen könne. Kritik an dem Gesetz von Familienminister Laschet (CDU) werde in der CDU-Fraktion zunehmend unterstützt.